

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,250.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Mk., incl. Frangirung 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 36 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf. Jahresbetrag 48 Pf. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unseren Preisverzeichnissen. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redaktionsbureau die Spaltenzahl 10 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postvorschuß.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaktion und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechstunden der Redaction:
Donnerstags 10—12 Uhr.
Sonntags 4—6 Uhr.
Nummer der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In der Stube für Inf. Annahme:
Otto Rieme, Universitätsstr. 22.
Kostl. Adh. Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

№ 17.

Donnerstag den 17. Januar 1878.

72. Jahrgang.

Holz=Auction.

Wittwoch, den 30. Januar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr im Forstreviere Connewitz auf dem Holzschlage am Rödelwehre, Abth. 33, 35 und 36
ca. 3 Raummeter eichene **Wurzschelte**,
168 Raummeter eichene **Brennschelte**,
100 starke **Wraumbauern** und
38 **Saufen Schlagreihis** (Kantbauern)
unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: am Rödelwehre unweit des Schleufliger Weges.
Leipzig, am 14. Januar 1878.

Des Warts York-Deputation.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst als abhanden gekommen angelegten Pfandscheine Lit. J. Nr. 933, 22906, 23389, 45001, 45093, 48105, 49868, 49670, 49871, 56628, 57581, 62384, 62385, 62770, 64678, 65909, 69568, 69930, 75976, 77492, 80990, 83108, 83109, 83112, 84065, 84066, 84062, 84351, 85551, 88088, 89015, 89266, 89510, 89950, 95362, 97073, Lit. K. Nr. 266, 2634, 4088, 4301, 4309, 4652, 4968, 7257, 7316, 10209, 11357, 11511, 12757, 13751, 23435, 26447, 30157, 30831 werden hierdurch aufgefordert, sich damit unverzüglich, und längstens bis zum Ablauf von 30 Tagen nach der auf jedem der Scheine bemerkten Fälligkeit bei unterzeichneter Anstalt zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen oder dieselben gegen Belohnung zurückzugeben, worigenfalls der Leihhaus-Erhaltung gemäß den Anzeigen die Pfänder ausgeliefert und die Inhaber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche darauf verlustig geben werden.
Die Verwaltung der Leihhauses und der Sparcasse.
Leipzig, 15. Januar 1878.

Logis=Vermiethung.

Im „**Wothen Collegium**“, Ritterstraße Nr. 10, drei Treppen hoch, ist ein **Logis**, aus drei Stuben und drei Kammern sammt Kuchenschrank bestehend, vom 1. April dieses Jahres an auf drei Jahre im Wege der Licitation anderweit zu vermieten.
Nichtliebhaber werden ersucht, in dem hierzu auf **Montag, den 21. Januar dieses Jahres, Vormittags 11 Uhr** angelegten Termine im Universitäts-Rentamt (Baulinum) zu erscheinen und ihre Gebote abzugeben. Die Auswahl unter den Vicarianten und die Entscheidung in der Sache bleibt vorbehalten.
Universitäts-Rentamt.
Graf.
Leipzig, 16. Januar.

Rugholz=Auction.

Freitag, den 1. Februar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Holzschlage am Rödelwehre, Abth. 33, 35 und 36
ca. 112 eichene, 23 buchene, 96 rüsterne, 19 eschene und 14 eichene **Rughölzer**, sowie 90 eichene und rüsterne und 12 eichene **Schirrhölzer**
unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: am Rödelwehre unweit des Schleufliger Weges.
Leipzig, am 14. Januar 1878.

Gebäudeversteigerung auf Abbruch.

Die **Behr- und Wohngebäude** des alten botanischen Gartens der hiesigen Universität und die anstehenden **Wohngebäude** mit allem Zubehör, wie Alles liegt und steht, sollen unter den im Universitäts-Rentamt zur Einsicht ausliegenden Bedingungen auf den Abbruch meistbietend versteigert werden.
Reflectanten werden hiermit eingeladen, in dem hierzu auf **Sonntag den 19. Januar d. J. Vormittags 10 Uhr** angelegten Termine im Universitäts-Rentamt (Baulinum) zu erscheinen und ihre Gebote abzugeben. Die Auswahl unter den Vicarianten und die Entscheidung in der Sache überhaupt bleibt vorbehalten. Die Gebäude können vor dem Termine auf Anmelden beim Hausmann in Augenschein genommen werden.
Leipzig, am 11. Januar 1878.
Universitäts-Rentamt.
Graf.

Auction.

Von dem unterzeichneten Rentamt sollen **Montag den 21. Januar 1878, Vormittags 11 Uhr,**
6 Stück alte Federbetten, 3 Koppkissen, 2 leinene Strohsäcke, 2 dergl. zu Keilissen, 1 Commode im Vordergebäude des alten botanischen Gartens (Dankortstraße 5) gegen sofortige Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden.
Leipzig, am 15. Januar 1878.
Universitäts-Rentamt.
Graf.

Größtes Aufsehen erregt ein Artikel der „**Niel**“, der allgemein — auch von fortschrittlicher Seite — dem Hg. Hänel, einem der hervorragendsten Fortschrittler der Fortschrittspartei, zugeschrieben wird. Dieser Artikel, der die Bazarin Verhandlungen und das unangenehme Zusammengehen der nationalliberalen Partei in die Regierung freundlich und aufrichtig begrüßt, schiebt ebenso sehr durch diesen Inhalt wie durch seinen gemessenen, fast staatsmännischen Ton vortheilhaft ab gegen die demagogische Stasistatistik, in der sich ein anderer fortschrittlicher Hauptredner, der Hg. Eugen Richter, gefällt und gegen die dramatisierenden Geschwätzereien und die Nationalliberalen überschüttet. Der Hänel'sche Artikel, dessen Inhalt wir bereits geflissentlich wiedergaben, sieht den Beweis fort, den kurz vorher das Austreten eines Besinnungsüberwandten, des alten Fortschrittlers Dr. Stein in Breslau, zu liefern begonnen, den Beweis für die Thatsache, daß die Fortschrittler in der Provinz nicht gefunden sind, der Führung Richters und seiner Berliner Kollegen durch Did und Tann zu folgen. Die Berliner Fortschrittspartei und ihre Presse, die doch wahrlich nach den letzten socialistischen Wahlergebnissen Bescheidenheit gelernt haben sollten, nehmen die Baden noch immer voll und gedenken sich — vielleicht weil sie von dem Gefühl ihrer eigenen Nichtigkeit durchdrungen sind — als Vollmachtsträger der gesamten Fortschrittspartei im Lande. Wie schmerzlich für sie, wenn sie sich nun sagen lassen müssen, daß sie hierzu durchaus kein Recht haben, daß sie ohne Mandat sind? Der Gegensatz zwischen Berliner und provinzieller Fortschrittspartei, der in der That besteht und soeben wieder hervorbricht, wird und muß immer schärfer heraustreten, je mehr die Richter und Genossen in ihrer terroristischen Agitation fortschreiten. Einen Hauptzweck dieser Agitation bildet die Person des Reichstanzlers, dessen Bekämpfung eben so sehr ein Dogma im Richter'schen Katedismus, wie in dem der Socialdemokraten ist. Sehr treffend hebt diesen Unterschiedspunkt zwischen dem freisinnigen Berliner Fortschrittler und dem bedächtigen Fortschrittlermann in der Provinz die „**Weser-Ztg.**“ hervor. „Um es kurz zu sagen: das Fortschrittlerthum in den Provinzen ist zwar in wesentlichen politischen Fragen kaum besonders weniger oppositionslustig und werthlos, als die Fortschrittler in Berlin, aber die Elemente, aus denen es sich zusammensetzt, sind durchgehend patriotischer, wärmer empfindend als die ewig vorgeladnen, von ihrer eigenen Gedankensphäre angekränkelten politischen Incroyables der Reichshauptstadt. Der Fortschrittlermann in der Provinz räsonnirt zwar unter Umständen nicht weniger als der mißvergnagte Berliner Parteigenosse über die Regierung, die schloßprentzerischen Nationalliberalen, er reißt nicht minder passionirt auf den bekannten Stedexperden des fortschrittlichen Kritik der Staatskunst herum, es giebt aber einen Punkt, wo der Provinziale anfängt ungemäßig zu werden, wenn sein Berliner Meister ihn allzuweit vortreiben will. Dieser Punkt liegt da, wo hässliche Angriffe auf den Fürsten Bismarck eintreten. Die Person des Kanzlers ist durchschneidend auch für den stürmischen Steiner- oder Sonnenreformer beinahe ebenso unverletzlich, wie die Person des Landesherren selbst. Der Reichstanzler schwebt den Leuten als Hort der neuen Größe des deutschen Reiches in imponanter Höhe

über dem inneren Parteigetriebe vor, der Schöpfer der neuen Machtstellung Deutschlands ist ihnen unzer trennlich von seinem Werke, und weil sie auf dieses stolz sind, deshalb sind sie auch stolz auf ihn, der aller Welt imponirt, der dem deutschen Namen im Auslande Respekt verschafft hat.“ — Dieser Unterschied tritt denn auch jetzt wieder hervor. Während Herr Richter bei seinem **Weser** in Dresden nicht über Lust hatte, den gegenwärtigen Stand über die Nationalliberalen auszusprechen für den Fall, daß sie wirklich ein Pact mit Bismarck eingehen sollten, begrüßt sein Parteigenosse Hänel die Annäherung Beider, den Entschluß Bismarck's, die Regierung aus dem Parlament heraus zu ernennen, die Emporhebung der bisher nur unterstehenden nationalliberalen Partei zur thätlich leitenden und herrschenden als einen Fortschritt auf der Bahn constitutioneller Entwicklung; er wünscht dem Versuche, der jetzt in dieser Richtung gemacht wird, Glück und läßt durchblicken, daß die Fortschrittspartei, ohne ihre principielle Stellung aufzugeben, gern in Führung zu dieser neuen parlamentarischen Regierung treten würde. Damit ist das Eis gebrochen; denn es ist wohl anzunehmen, daß ein Mann wie Hänel es bei dieser anonymen Anregung nicht bewenden lassen, sondern seinen Standpunkt offen in der Fraction vertreten und später im Reichstage behaupten wird.

Im fortschrittlichen Lager mag der bedeutsame Artikel zunächst ganz verblüffend, wie eine plötzlich hereinfallende Bombe, gemirrt haben. Die Blätter der Partei zögern meist noch mit seiner Befprechung. Die Berliner „**Vollz.**“ ist so ehrlich, den Artikel ausführlich abzurufen, thut dies aber ohne weitere Bemerkung; die „**Bürgerz.**“ giebt einige Stiche aus dem Artikel, indem sie auf die ansehnliche Autorität des Prof. Hänel hinweist. Die „**Wes. Ztg.**“ begleitet den Abrud des Artikels mit folgenden Worten:

Ueber die Stellung der deutschen Fortschrittspartei zu den Bazarin Verhandlungen äußert sich die „**Niel**“ Zeitung“ oder vielmehr, wie leicht ersichtlich, durch dieselbe einer der hervorragendsten Abgeordneten der Partei, in einem Artikel, dem auch Gegner die Anerkennung nicht verweigern werden, daß er in der maßvollsten Form betreibt ist, Mißverständnisse und Wirrthelheiten zwischen den beiden liberalen Fractionen auszugleichen und doch den eigenen Standpunkt der Fortschrittspartei klar erkennbar zu bezeichnen.

In der nationalliberalen Presse findet der Artikel volles Verständnis und dankbare Anerkennung; so in dem Herrn v. Bennigsen nachstehenden „**Hannov. Courier**“, welcher schreibt:

Dieser Artikel bekräftigt ebenso, wie vorher schon das Auftreten des Dr. Stein in Dresden, unsere wiederholt geäußerte Ansicht; aus der Fortschrittspartei selbst werde Widerspruch erhoben werden gegen die Art, wie Herr Richter die derzeitige Lage unserer inneren Politik zu verwerthen unternahm, indem er sich lediglich, aber mittelst einer leicht zu durchschauenden Finte, Vorwände für neue Angriffe auf die nationalliberale Partei zurecht machte. Der Standpunkt, welchen die „**Niel. Ztg.**“ bezeichnet, ist der natürliche für jede „**äußerliche**“ in einem Augenblicke, in welchem es scheint, als würden die Führer der gemäßigten Linken zur Theilnahme an der Regierung berufen werden: nämlich, durch Unterthänigkeit und durch Opposition, je nachdem, darauf hinzuwirken, daß die Ansichten, in denen beide Parteien übereinstimmen, zur möglichsten Durchführung in der Gesetzgebung gelangen.

Die „**Nat.-Ztg.**“ endlich bemerkt:

Wie weit die Unterstellung berechtigt ist, daß der Hg. Hänel Verfasser jenes Artikels ist, vermögen wir nicht zu beurtheilen. Daß Herr Hänel nach seiner ganzen Vorgeschichte und der positiven Natur seiner

Richtung mit dem radical-agitatorischen Charakter innerlich nicht sympathisiren kann, den das Auftreten der Fortschrittspartei immer mehr gewonnen hat, ist klar. Weniger sicher sind wir darin, ob es Herrn Hänel gelingen wird, dieses jugendliche Pfeifer zu werden, der bereits allzu mächtig geworden ist, als daß ein vereingelter Wiberstand viel Aussicht hätte, ihn zurückzubringen. Dieser Wiberstand müßte denn mit einer Energie ausgeübt sein, welche die unheimlichen Energie der Gegenrichtung entspricht und auf welche der Schicksal des deutschen Reiches die Fortschrittspartei feindlich vorbereiten kann. Wir warten eben das Weitere ab.

Herr Liebnecht darf mit Stolz auf seine neuesten agitatorischen Streiche blicken. Er hat in seiner Bekämpfung der deutschen Orientpolitik einen ihm selbst gewiß sehr unerwarteten Bundesgenossen gefunden in einem der größten deutschen Blätter, der **Kuglburger „Allgemeine Zeitung“**. Wir lesen über dieses Thema in der „**National. Corresp.**“: Die Ausichten mehrten sich, daß der Krieg auf der Balkanhalbinsel in nicht mehr ferner Zeit zu einem befriedigenden Abschlusse gelangen werde. Sind die von Rußland aufgestellten Friedensbedingungen, wie sie von einem Wiener officiellen Blatte angegeben werden, authentisch, so wird jeder unbefangene Beurtheiler anerkennen, daß der Sieger nicht daran denkt, mit seinen Erfolgen Mißbrauch zu treiben. Inmitten dieser augenblicklichen Lage muß es auch höchste Bedenken, wenn ein großes und geachtetes Organ der deutschen Presse, die **Kuglburger „Allgemeine Zeitung“**, sich in einem Rückblicke auf die Stellung Deutschlands zur orientalischen Frage in vergangenen Jahre u. A. zu folgender Anklage verheißt: „Deutschland hat doch einen Reichstag, ein parlamentarisches Organ der Nation. Dieser Reichstag brauchte nicht besonders berufen zu werden, als die orientalische Crisis ihren Höhepunkt auf diplomatischem Gebiete erreichte. Er war seit dem Februar und noch am Tage der russischen Kriegserklärung und der Eröffnung der Feindseligkeiten versammelt. Erst am 3. Mai wurde die Session geschlossen. Keines Abgeordneten Stimme ist laut geworden, sich in dem entscheidenden Moment nach Deutschlands Recht und Pflicht zu erkundigen; keine Stimme wagte es, den Anspruch der Thronrede: die Dänel im Orient vertheidigen Deutschland nicht, einer Prüfung zu unterziehen. Während Lord Derby, Herr Northcote, Herr Bourke im englischen Ober- und Unterhause alle Hände voll zu thun hatten, täglich oft mehr als einmal, interpellirt wurden, beschloß sich der deutsche Reichstag, das Ideal ganzer Generationen, einer Abstinenz, die ebenso sehr vom unbedingten Vertrauen wie von politischer Indolenz und Unkunde zeugte. Die „**anarchischen Bestrebungen**“ im Innern des deutschen Reichstages erschienen dem deutschen Parlament jedenfalls ungleich wichtiger, als die „**anarchischen Bestrebungen**“ in der Gesamtwelt Europas.“ Diese Haltung des Reichstages, wird noch als Trumpf hinzugefügt, sei in Wahrheit einer „**Abdantung**“ gleichgekommen. — Würde eine derartige Anklage erhoben von einem notorisch reichsfeindlichen Blatte, so müßte sie keiner weiteren Beachtung werth sein; allein, die **Kuglburger „Allg. Ztg.**“ trägt seit dem Jahre 1870, obwohl sie vorzichtigerweise ihre Spalten auch ehemaligen ausgesprochen ultramontanen Mitarbeitern noch offen hält, ein reichsfreundliches Gesicht, und sie ist weithin im Auslande noch heute das vorzugsweise gelesene deutsche Blatt. Darum sollte das obige Urtheil über die Vertretung des deutschen

Volles in der wahrhaft patriotischen Presse nicht ohne entschiedenen Widerspruch bleiben. Weiß der Verfasser des Artikels der „**Allg. Ztg.**“ denn gar Nichts von der Rede, in welcher Fürst Bismarck in der Reichstags-Sitzung vom 5. December 1876 Deutschland's Orientpolitik mit dem ihm eigenen Freimuth gezeichnet hat? In dieser Rede waren die voraussetzlichen Möglichkeiten dermaßen erschöpfend behandelt worden, daß der Kanzler, wenn er nicht die Einzelheiten der diplomatischen Verhandlungen ans Licht ziehen wollte — und das würde selbst die „**Allg. Ztg.**“ doch kaum verlangen —, nach heutigen Tages im Grunde kaum mehr sagen könnte. Nun wohl, der Reichstag hatte die Darlegungen vom 5. December mit Beifall entgegengenommen, und in der alsbald darauf folgenden Wahlbewegung war auch nicht eine Spur hervorgetreten, daß die Nation in ihrer großen Mehrheit mit dieser Haltung in der orientalischen Frage an zufrieden wäre. Was hätte also eine abermalige Besprechung der Angelegenheit in den ersten Monaten des Jahres 1877 nützen können? Selbst nachdem die russische Kriegserklärung bereits erfolgt war, hätte Fürst Bismarck doch nur den letzten Theil seiner Rede vom 5. December 1876 wiederholen können. Nicht einmal die Ultramontanen hielten es für ersprießlich, in solcher Weise leeres Stroh zu dreschen. Mit welchem Rechte erlaubt sich da der Chronist der „**Allg. Ztg.**“, den deutschen Reichstag der Indolenz, der Unkenntnis, ja der Pflichtverletzung anzuliegen? Man mag es seiner Verblendung zu Gute halten, wenn er meint, „**daß die Mehrheit des deutschen Volkes heute positiv nicht auf russischer Seite steht, vielmehr mit dem tiefsten Mißtrauen dem Abschlusse des Krieges entgegenblickt.**“ Man würde es ihm auch nicht wehren können, wenn er Arm in Arm mit Herrn Hög und den Socialdemokraten den demnächst zusammentretenden Reichstag aufforderte, namentlich eine gründlich veränderte Politik gegenüber Rußland zu verlangen. Aber demselben aus seinem bisherigen Vertrauen zu der Politik des Reichstanzlers ein Verbrechen zu machen, ist angeht, aller irgendwie maßgebenden Rundgebungen der öffentlichen Meinung, welche seinerzeit der programmatischen Rede des Fürsten Bismarck gefolgt sind, einfach eine Lächerlichkeit. Die große Mehrheit des Reichstages hat dies Vertrauen gezeigt, weil sie von der Ueberzeugung ausging, daß die Reichsregierung Rußlands Vergehen nur insoweit billigen werde, als es sich in den Grenzen des ursprünglichen Planes halte: wirft man Garantien für eine bessere Lage der christlichen Völkerthum der Balkanhalbinsel zu erlangen. Und für diesen Plan einzutreten, hat das deutsche Volk als eine Ehrenpflicht des Reiches betrachtet und wird es als solche betrachten, wie laut auch blühwühende Lärkenfreunde dagegen eifern mögen. — Wir begreifen, wenn die Socialdemokratie das Ansehen des Reichstages auf jede mögliche Weise zu untergraben beflissen ist. Es scheint, die „**Allg. Ztg.**“ besigt mit diesen Tendenzen eine gewisse Verwandtschaft; der Hög über die Aufmerksamkeit, welche der Reichstag den anarchischen Bestrebungen im Innern des deutschen Reichstages zuwendet, kann diese Ansicht nur bestätigen. Weder sie dann wenigstens den Rath haben, mit der soeben von der Socialdemokratie unternommenen Agitation gegen die Orientpolitik des Reiches offen gemeinsame Sache zu machen; man wird alsdann endlich voll und ganz wissen, woran man mit ihr ist.